

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Bezugspreis beträgt monat-  
lich 1,20 RM. zuzüglich Bestell-  
gebühr. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-  
schäftsstelle Birkenwerder,  
Bahnhof-Allee 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditionen  
angenommen. Die neugepal-  
tete Beilage kostet 25 Pfennig,  
die Klammerseite 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe  
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohna, Summt  
und Umgegend  
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 169      Fernsprecher Amt Birkenwerder 2006      Sonntag, den 26. Oktober 1930      Postfachkonto Berlin 62 448      29. Jahrg

**Der Amtsvorsteher Birkenwerder.**  
Ein Soglusig als gefunden gemeldet.  
Birkenwerder, den 25. Oktober 1930.  
Der Amtsvorsteher. Blank.

### Dampfer „Baden“ in Rio beschossen! Ein Warnungsschuss? — 18 Tote und Verletzte.

In Hafen von Rio de Janeiro wurde von Revolutionären der  
jenische Dampfer „Baden“, der von Hamburg nach Buenos Aires  
unterwegs ist, beschossen. Mehrere Granaten, die von dem Fort  
Canoaguana, das die Revolutionäre besetzt halten, auf das Schiff,  
das den Hafen verlassen wollte, abgefeuert wurden, haben achtzehn  
Personen an Bord des Dampfers getötet oder verletzt. Die meisten  
der Opfer sind spanische Einwanderer, die nach Argentinien reisen.

### Der Umsturz in Brasilien

Präsident Luiz festgenommen — Plünderungen in Rio  
Newport, 24. Oktober.

Aus Porto Alegre verläuft, der Chef des Stabes der  
aufständischen Befehle, daß die Truppen in Rio de Janeiro  
unter dem Generalen Danonogue, Celis, Castro, und Pascho-  
ragofo, sowie die Marine unter dem Befehl von Admiral  
Korona sich ihrerseits ergeben und den Aufständischen an-  
geschlossen hätten. Präsident Washington Luiz ist ebenso wie  
Vizepräsident Melo Biana verhaftet worden. Gegen Sena-  
tor Azevedo ist ein Anschlag verübt worden. Er wurde  
durch Steinwürfe schwer verletzt.

Die Bewegung, die mit dem Sturz der Regierung Luiz  
anderte, machte sich in Rio in den frühen Morgenstunden  
bemerkbar. Um 10 Uhr vormittags drang die Menge  
in die Straßen der Unterstadt ein. In den Mittagstunden  
brach an verschiedenen Stellen der Unterstadt Feuer aus.  
Fünf Zeitungsgebäude einer Agentur, die die Regierung  
Luiz unterstützte hatte, wurden angegriffen und in Brand  
gesteckt. Infolge mangelnden Wasserdrucks war die Feuer-  
wehr nahezu hilflos. Mehrere Brände wurden in der Nach-  
barschaft des Volkenskraters angelegt, in dem das amerika-  
nische Generalkonsulat seinen Sitz hat. Die Menge hatte  
keine Hand, sie plünderte u. a. Waffen- und Juwelierläden.  
Mit roten Fahnen zog eine Gruppe von Liberalen, ohne von  
der Polizei behindert zu werden, durch die Straßen, jeder  
sonstige Verkehr hatte aufgehört.

Die Heeres- und Marineoffiziere, die seit dem Rücktritt  
des Präsidenten Luiz die politische Lage in der Hauptstadt  
beherrschten, veröffentlichten eine Kundgebung an das brasilianische  
Volk, in der sie sowohl die Anhänger der Regierung  
wie diejenigen der Aufständischen bitten, die Bewegung  
zugunsten des Friedens zu unterstützen und die  
Truppen beider Parteien erluchen, die Feindseligkeiten zu  
beenden.

Nach einer Meldung aus Sao Paulo wurde der Regie-  
rungspalast der Stadt, die bisher als Bollwerk der Regie-  
rung Luiz galt, von den Aufständischen mit Geschützfeuer  
besetzt. Nach einflussiger Befehlsgebung wurde auf dem Regie-  
rungsgebäude die weiße Flagge gehißt.

Die Befehlsgebung des Regierungsgeschäftes führte in der  
Stadt zu einer Panik. Bei den ersten Schüssen stob die  
Menge auseinander und suchte, sich in Sicherheit zu bringen.  
Die Geschäftshäuser ließen die eisernen Rolltüren herunter.  
Die Straßenbahn stellte den Betrieb ein. Eine Schießerei  
im Mittelpunkt der Stadt hatte mehr demonstrationen Cha-  
rakter und war von kurzer Dauer. Die Einwohner begaben  
sich, als die Gefahr vorbei war, wieder auf die Straße und  
beirathen aufgeregt die Ereignisse.

Der Sturz der brasilianischen Bundesregierung hat im  
amerikanischen Staatsdepartement große Be-  
stürzung erregt. An die amerikanische Botschaft in Rio  
de Janeiro, die noch zwei Stunden vorher gedröhrt hatte,  
daß alles ruhig sei und nichts von einem Rücktritt des Prä-  
sidenten berichtet hatte, wurde eine telegraphische Anfrage  
gerichtet. Mangels einer amtlichen Befehlsgebung der Regie-  
rungen lehnte der Staatssekretär jegliche Stellungnahme ab.

### Finanzminister im Streit getötet

Munition, 24. Oktober.

Dr. Anala, ehemaliger Staatspräsident und heutiger  
Finanzminister Paraguays, wurde im Verlauf eines Strei-  
tes mit einem Beamten der Landwirtschaftlichen Bank töd-  
lich verletzt. Es gelang ihm noch, seinen Gegner zu töten,  
bevor er selbst seinen Wunden erlag. Der Streit soll persön-  
liche Motive gehabt haben.

### Bereits 262 Tote in Alsdorf

Alsdorf, 25. Oktober.

Das schreckliche Grubenunglück fordert immer noch  
Opfer. Im Laufe des Freitags sind im Frankenhäus drei  
Knappen ihren Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der  
Toten bereits auf 262 gestiegen ist. Man fürchtet, daß auch  
damit die furchtbare Liste der Opfer noch nicht abge-  
schlossen ist.

### Breuchliches Rezept

40-Stundenwoche. — Ein Berufsjahrgang. — Keine aus-  
ländischen Landarbeiter. — Umfassende Meliorationen.

Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner  
letzten Sitzung mit einer Reihe von Vorschlägen zur Be-  
stärkung der steigenden Arbeitslosigkeit in Deutschland be-  
schäftigt, die vom preussischen Handelsminister Dr. Schrei-  
ber und vom preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Stei-  
ger ausgearbeitet worden sind.

Wie es in einer Verlautbarung von zuständiger preu-  
ssischer Seite heißt, will man mit diesen Vorschlägen  
eine Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt  
in naher Zeit herbeiführen,

da die von der Reichsregierung erstrebte Senkung des  
deutschen Preisniveaus zur Entlastung der deutschen Wirt-  
schaft und des deutschen Arbeitsmarktes eine Besserung erst  
allmählich und in geraumer Zeit herbeiführen können. Die  
Vorschläge des preussischen Staatsministeriums an die  
Reichsregierung knüpfen einmal an, an Forderungen der Rati-  
onalsozialisten auf Einführung eines Arbeits-  
dienstjahres und schließlich an Forderungen vertrie-  
bener Parteien zur Sperrung der deutschen Grenze gegen  
die Ueberflutung mit ausländischen  
Landarbeitern.

Die preussische Staatsregierung empfiehlt der Reichs-  
regierung die Prüfung der Frage, ob nicht auf dem  
einen oder anderen Wirtschaftsbereich eine vorüber-  
gehende Herabsetzung der Arbeitszeit  
zur Ermöglichung von Neueinstellungen ohne Schädi-  
gung gesamtwirtschaftlicher Interessen möglich sei.

Ferner sollte durch Gesetz eine Regelung getroffen werden,  
daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung  
ihrer Arbeit gezwungen sind, solange keine Ver-  
minderung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen,  
als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Beleg-  
schaftsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch  
mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tagesstunden Beschäfti-  
gung finden kann. Mit einer solchen Maßnahme würde  
die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nach Auffassung  
der preussischen Staatsregierung nicht unwesentlich ge-  
hemmt. Dem Vorschlag nach Einführung eines all-  
gemeinen Arbeitsdienstjahres für Jugendliche glaubt die preussische Staatsregierung am  
zweckmäßigsten damit Rechnung zu tragen, wenn  
sie durch vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht  
um ein weiteres Jahr die etwa 250 000 Ostern 1931  
zur Entlassung kommenden Vierzehnjährigen vom Ar-  
beitsmarkt fernhält.

Dieses weitere Schuljahr soll ausschließlich der Vorbereitung  
der Jugendlichen auf ihren künftigen Beruf gewidmet  
sein. Für die Landwirtschaft soll dieses 9. Schuljahr in  
Wesfall kommen, sofern die schulentlassene Jugend in der  
Landwirtschaft selbst Verwendung findet. Die hierdurch ent-  
stehenden Kosten sollen nach dem Vorschlag der preussischen  
Regierung aus den Ertragssteuern bestritten werden, die bei  
der Arbeitslosenunterstützung bei Durchführung dieser  
Maßnahmen gemacht würden.

An dritter Stelle schlägt Preußen vor, im nächsten Jahr  
keinerlei ausländische Wanderarbeiter (sogenannte  
Sachhengänger) für die deutsche Landwirtschaft zuzu-  
lassen.

Preußen berechnet die Zahl der dadurch für deutsche Ar-  
beiter frei werdenden Arbeitsplätze auf mindestens 100 000.  
Die vielfach in der Landwirtschaft geäußerten Bedenken,  
daß sich nicht genügend geeignetes Arbeitsmaterial aus dem  
Heer der deutschen Arbeitslosen für die Landwirtschaft fin-  
den würde, glaubt die preussische Regierung mit dem Hin-  
weis darauf zerstreuen zu können, daß die Feststellungen  
der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung das Gegenteil er-  
geben hätten.

Schließlich ist vom preussischen Landwirtschaftsminister  
ein umfassendes Meliorationsprogramm ausgearbeitet  
worden, daß für die übrigen Landessteile etwa 310  
Millionen Mark vorstelt.

Das Programm soll auf drei Jahre verteilt werden und  
sich auf die Entwässerung von Aedern, Wiesen und Weiden,  
auf die Erschließung von rund 3,3 Millionen Hektar hoch-  
und Niedrigmooren und auf die ertragsreichere Gestal-  
tung von rund 2 Millionen Hektar Grünlandwirtschaft er-  
strecken. Die Errechnungen des preussischen Landwirtschafts-  
ministers kommen zu dem Schluß, daß bei Durchführung  
dieses Programms rund 78 000 Arbeiter mit etwa 94,5 Mil-  
lionen Mark jährlich beschäftigt werden könnten.

Der Wochenanweis der Bank von Frankreich für die  
Zeit vom 10. bis 17. Oktober weist einen Goldbestand von  
50 567 354 167 Franken auf, das sind 1 119 323 230 Franken  
mehr als in der Vorwoche. In Prozenten ausgedrückt be-  
trägt die Goldbedeckung 54,14 Prozent gegenüber 53,54 Pro-  
zent in der Vorwoche. Die gesetzlich vorgeschriebene Gold-  
bedeckung beträgt 35 Prozent.

### Verabschiedung des Haushaltsplanes

Herabsetzung der Ministergehälter  
Berlin, 25. Oktober.

In der Kabinettsitzung am Freitag verabschiedete das  
Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichstanzlers den  
Reichshaushaltsplan für 1931. In diesem Zusammenhang  
faßten die Reichsminister den Beschluß, nicht erst eine gesetz-  
liche Herabsetzung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits  
am 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu ver-  
zichten.

Ueber die Etatsziffern verläuft, daß die 10-Milliarden-  
Grenze diesmal nicht überschritten werden soll. Die Schwie-  
rigkeiten mit den einzelnen Ressorts, die natürlich auf keine  
ihrer Anforderungen verzichten wollen, sind noch nicht restlos  
beiligt, man weiß also noch nicht, wie hoch die Einsparun-  
gen gegenüber dem Vorjahr sein werden. Es wird von 150  
bis 300 Millionen getippt.

Die über Erwarten schnelle Fertigstellung des neuen  
Haushaltsplanes ist nur dadurch möglich geworden, daß der  
Reichstag den als Vorordnung erlassenen Etat für 1930  
in seiner letzten Sitzung noch ohne weiteres beiligt hat. Da  
der Reichstanzler mit den einzelnen Ländern die Finanzlagen  
genau besprochen hat oder noch bespricht, so ist zu erwarten,  
daß auch die Verabschiedung des neuen Etats wenigstens  
im Reichsrat keine Schwierigkeiten bereiten wird. Auch  
dem Etat sind allerdings noch die Deckungsanlagen vorzu-  
bereiten.

Am Anstuf an die Verabschiedung des Reichshaus-  
haltsplanes 1931 wird das Reichskabinett in der näch-  
sten Woche die weiteren mit dem Wirtschafts- und  
Finanzplan zusammenhängenden Vorlagen verabschieden.  
Nach Vorbereitungen mit den Länderregierungen über  
diese Vorlagen ist als Beginn der Beratungen des Reichs-  
rates über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichs-  
regierung in der Kabinettsitzung Dienstag, der 4. Novem-  
ber, in Aussicht genommen worden. Das Reichskabinett  
trat schließlich auf Grund eines Vortrages des Reichsmini-  
sters Schiele in eine eingehende Erörterung der zur  
Widerung der landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maß-  
nahmen ein. Diese Beratungen werden noch am Sonn-  
abend zum Abschluß gebracht.

### Severings Amtsantritt

Berlin, 25. Oktober

Am Freitag übernahm der neue preussische Minister des  
Innern Dr. Severing die Amtsgeschäfte. In Gegenwart des  
leitenden Beamten des preussischen Innenministeriums be-  
grüßte Staatssekretär Dr. Abegg den Minister. Minister  
Severing dankte und erklärte u. a., daß er im Augenblick  
seiner Amtübernahme keine längeren programmatischen  
Ausführungen zu machen gedenke. Aufrechterhal-  
tung der Sicherheit und Ordnung in Preu-  
ßen und Durchführung äußerster Sparsamkeit,  
sowie die Aufgaben, die er sich vor allem setze. Mit warmen  
Worten der Anerkennung und des Dankes gedachte der Mi-  
nister Severing dann des Wirtens seines Amtsvorgängers  
Staatsministers a. D. Prof. Dr. Wenting.

In der Freitagssitzung des preussischen Staatsministeri-  
ums fand die Vereidigung des neuernannten preussischen  
Innenministers Severing durch den Ministerpräsidenten  
Braun statt. Gleichzeitig wurde durch Kabinettsbeschluß  
Staatsminister Severing zum Bevollmächtigten des Reichs-  
rats ernannt.

## Er Sie Es



**spart bei der**

Kreis-Sparkasse des Kreises Niederbarnim  
und deren Nebenkassen bzw. Nebenstellen.